



Stabsstelle Digitale Verwaltung
Post da stab Administraziun digitala
Unità di gestione Amministrazione digitale

Befragung der Gemeinden

IT-Infrastruktur und Digitalisierung der kommunalen Verwaltungen

[Aggregierte Version]

25. August 2025

Stabsstelle Digitale Verwaltung



Inhaltsverzeichnis

«Das Geschäftsfeld Digitalisierung ist ein Dauerauftrag»	2
1 Ziel der Datenerhebung	3
2 Umfrageauswertung	3
2.1 Stand der Digitalisierung in der Gemeindeverwaltung	4
2.2 Fachapplikationen (FA), Systeme und Programme	5
2.3 Digitale Langzeitarchivierung	11
2.4 Datenaustausch mit dem Amt für Migration und Zivilrecht (AFM)	13
2.5 Alarmierung in Ereignisfällen	14
2.6 Herausforderungen für die digitale Transformation	15
2.7 Datenschutz und Sicherheit	16
2.8 Zusammenarbeit und Austausch	18
3 Kontakt und weiterführende Informationen	19



«Das Geschäftsfeld Digitalisierung ist ein Dauerauftrag»

Das Zitat einer Gemeinde im Fragebogen beweist in treffender Kurzfassung, was die Umfrage aufzeigt: Das Thema Digitalisierung ist definitiv bei den Gemeinden¹ angekommen. Bereits die zweite Frage in der Erhebung, diejenige nach einer Digitalisierungsstrategie, bewegt. Denn 26 Gemeinden haben eine Bemerkung dazu verfasst².

Mit 100 teilnehmenden Gemeinden liegt die Rücklaufquote bei vollständigen 100 Prozent³. Diese hohe Teilnahme belegt, dass das Interesse am Thema Digitalisierung in der Verwaltung sehr gross ist. Wir bedanken uns herzlich bei allen Gemeindemitarbeitenden für ihre aktive Teilnahme: VIELEN DANK – GRAZIA FITG – GRAZIE MILLE.

Auch wenn das Interesse gross ist, zeigt die Auswertung: der Unterstützungsbedarf ist ebenfalls gross! Zusammengefasst, kristallisieren sich drei Themenfelder mit grossem Unterstützungsbedarf heraus: IT-Sicherheit / Digitalisierungsstrategie / Langzeitarchivierung. Als grösste Herausforderung sehen die Gemeinden die personellen Ressourcen. 90 Gemeinden stufen die Personalsituation als grosse oder mittlere Herausforderung ein. Eindrücklich belegt die Einstufung der Herausforderungen auch, dass Technik zwar notwendig ist, aber nicht ausreichend. Denn ohne passende Organisation und befähigte Menschen bleibt sie wirkungslos!

Aus zahlreichen Kommentaren geht der Wunsch nach Lösungsansätzen und Unterstützung seitens des Kantons hervor. Denn den Gemeindeverwaltungen fehlen schlicht die Ressourcen, eine Digitalisierungsstrategie zu initiieren, geschweige, sie zu verfassen oder umzusetzen.

Nur in einzelnen Gemeinden wurden bislang Stellenprozente für die Digitalisierung geschaffen. In beinahe 70% der Gemeinden sind die Gemeindeschreiberinnen oder Gemeindeschreiber dafür verantwortlich. Zur Befähigung des Personals können etwa Kurse beitragen; denn in der Weiterbildung der Mitarbeitenden sehen 72 Gemeinden eine Herausforderung. Die Praxis zeigt, dass der Austausch zwischen Gemeinden ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die digitale Transformation ist. Der gezielte Wissenstransfer fördert die Verbreitung bewährter Verfahren und unterstützt die Vereinheitlichung von Abläufen. Gleichzeitig lassen sich dadurch intensive Eigenentwicklungen vermeiden. 87 Gemeinden sind an einem Austausch interessiert⁴.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Gemeinden ein deutliches Interesse an der digitalen Transformation der Verwaltung zeigen. Sie sind motiviert, Fortschritte zu erzielen und aktiv an der Weiterentwicklung teilzunehmen. Gleichzeitig besteht ein klarer Unterstützungsbedarf, insbesondere in Bezug auf IT-Sicherheit, Ressourcen und koordinierte Vorgehensweisen. Die Offenheit gegenüber kantonalen Lösungen unterstreicht den Wunsch nach einem abgestimmten Programm, das die Gemeinden entlastet und deren Effizienz steigert.

¹ Wie im Fragebogen erwähnt, ist «Gemeinde» als politische Gemeinde zu verstehen und schliesst Städte mit ein. Dies gilt auch für diese Gesamtauswertung der Erhebung.

² Gemäss der Ankündigung im Fragebogen, werden die Ergebnisse und Bemerkungen in aggregierter Form den Gemeinden zur Verfügung gestellt; d.h. es können keine Rückschlüsse auf einzelne Gemeinden gezogen werden.

³ Zwei Gemeinden haben den Fragebogen nicht komplett ausgefüllt.

⁴ Siehe dazu [Kap.2.8](#); 37 Gemeinden sind an einem Austausch interessiert, 50 Gemeinden eventuell.



1 Ziel der Datenerhebung

Wenn es um die Digitalisierung in öffentlichen Verwaltungen geht, ist es wichtig, einen möglichst guten Überblick über die bestehenden Strukturen und Ressourcen zu erhalten. Das Departement für Finanzen und Gemeinden bezieht die Gemeinden durch die Stabsstelle Digitale Verwaltung mit dieser Erhebung aktiv in die Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung Graubünden⁵ ein.

Ziel dieser Gemeindeumfrage ist zu erfahren, mit welcher IT-Infrastruktur die Gemeindeverwaltungen heute arbeiten und welche Themen sie im Rahmen der Digitalisierung beschäftigen. Der Grossteil der Fragen betrifft die IT-Infrastruktur, d.h. von Fachapplikationen für die Einwohnerkontrolle, Finanzverwaltung und verschiedenen Software-Lösungen, über Speicherung, bis Systeme für die kommunale Webseite sowie Funktionen wie E-Signaturen.

Bedingt durch aktuelle Anforderungen wurden Fragen von drei kantonalen Dienststellen in der Umfrage integriert; vom Amt für Migration und Zivilrecht, vom Staatsarchiv Graubünden und vom Amt für Militär und Zivilschutz.

Sehr wichtig sind neben der Pulsföhlung der Herausforderungen der Gemeindeverwaltungen, die Ermittlung vom Unterstützungsbedarf betreffend IT-Sicherheit sowie die Fragen zur Zusammenarbeit, denn dies sind die Bausteine eines kooperativen Vorgehens.

Die Ergebnisse sind nicht nur für die Stabsstelle Digitale Verwaltung und weitere kantonale Dienststellen wichtig, sondern sind auch für die Gemeinden von grossem Interesse und praktischem Nutzen und werden diesen zur Verfügung gestellt.

Die Koordinationsstelle für Gemeinden – angesiedelt in der Stabsstelle Digitale Verwaltung, um eine Zusammenarbeit zwischen der kantonalen Verwaltung und den Gemeinden im Bereich der digitalen Transformation aufzubauen und zu fördern – kann anhand der Auswertung Handlungsmassnahmen erarbeiten und mögliche kantonale Unterstützungsangebote gezielt (weiter)entwickeln. Die Umfrage bildet somit eine wertvolle Grundlage, um die Zusammenarbeit zwischen der kantonalen Verwaltung und den Gemeinden zu intensivieren und eine gemeinsame digitale Transformation auf Gemeindeebene zu fördern.

2 Umfrageauswertung

Die Umfrage richtete sich an die Gemeindeverwaltungen, insbesondere an deren operative Leitung, namentlich die Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber und umfasste insgesamt 27 Fragen.⁶ Die Antworten können auf den nachfolgenden Seiten entnommen werden, jeweils nach Themen und Funktionsbereichen jeweils mit einem zusammenfassenden Kurzbeschrieb aufgeföhrt.

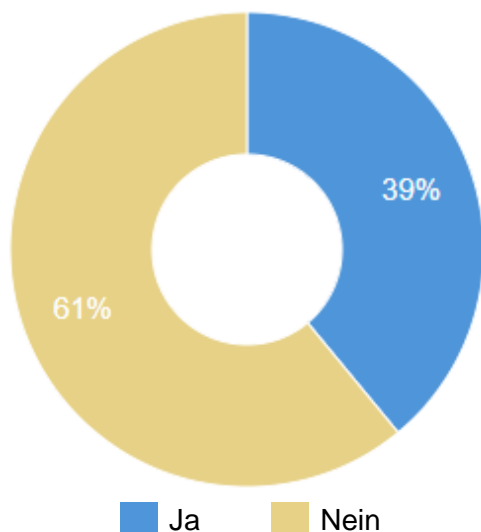
⁵ [Strategie digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024-2028](#)

⁶ Es wurde die Schweizer Online-Plattform Findmind.ch verwendet, die grossen Wert auf Datenschutz und Benutzerfreundlichkeit legt. Die Daten werden verschlüsselt gesendet, in der Schweiz gespeichert und nicht mit Dritten geteilt.



2.1 Stand der Digitalisierung in der Gemeindeverwaltung

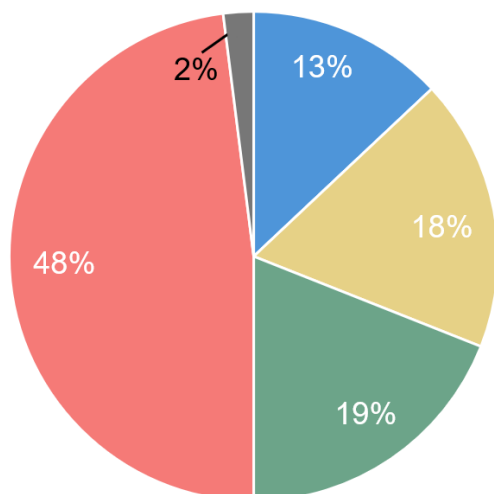
Haben Sie Mitarbeitende, die für die Digitalisierung in Ihrer Verwaltung zuständig sind?



Von den 39 Gemeinden, die angeben Mitarbeitende (MA) mit spezifischer Zuständigkeit für die Digitalisierung zu haben, merken 8 an, dass sie selbst als Gemeindevorsitzende diese Funktion innehaben.

Antworten von 100 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

Wo steht Ihre Gemeinde betreffend einer Digitalisierungsstrategie?



- Wir haben eine Digitalisierungsstrategie oder sind dabei, eine zu erstellen
- Wir haben Massnahmen zur Digitalisierung in der Legislaturplanung definiert
- Wir haben einen konkreten Umsetzungsplan – mit definierten Massnahmen, Zeitrahmen, Ressourcen – für Digitalisierungsprojekte
- Wir stufen eine Digitalisierungsstrategie aktuell nicht als prioritär ein
- Wir erachten eine Digitalisierungsstrategie generell als nicht notwendig

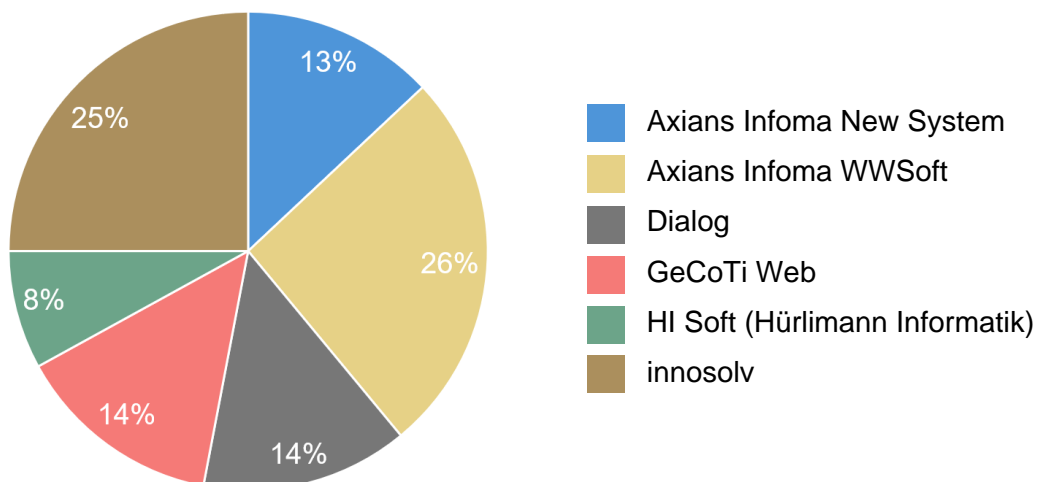
Antworten von 100 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

Diese Frage trifft einen aktuellen Punkt, denn hierzu gab es die meisten Bemerkungen im Fragebogen, 26 insgesamt: v. a. im Sinne, dass man Schritt für Schritt eh am Umsetzen sei, dass für einen Plan Ressourcen fehlen, dass es durchaus eine Notwendigkeit gebe für eine Strategie, auch mit Bedenken, dass diese veraltet sei, sobald sie quasi erstellt sei. Auch Gemeinden, die eine Digitalisierungsstrategie als nicht prioritär angegeben haben, merken an, dass sie dies nicht als nicht prioritär ansehen, sondern in der aktuellen Situation der Gemeinden andere Prioritäten Vorrang hätten. (Siehe dazu auch [Kap. 2.6](#)).



2.2 Fachapplikationen (FA), Systeme und Programme

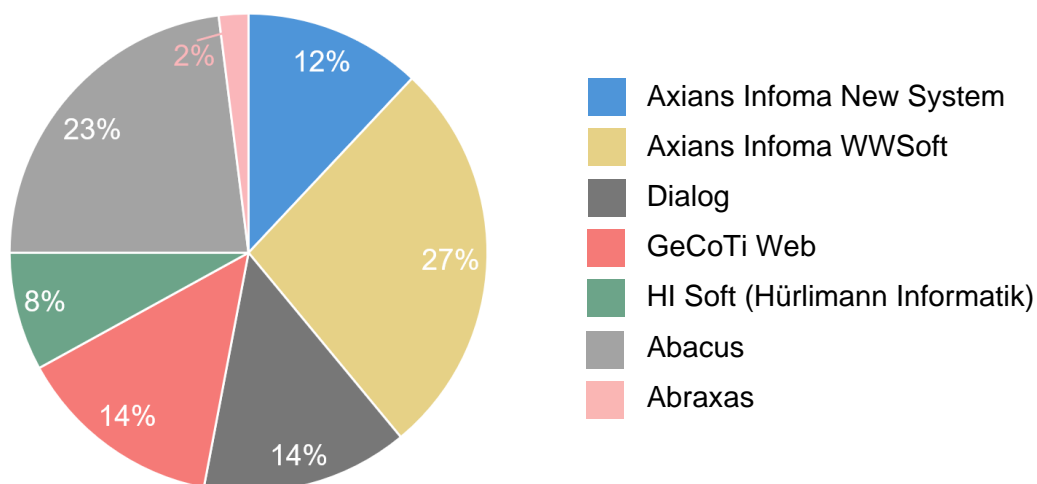
Mit welchem Einwohnerkontrollsystem arbeitet Ihre Gemeinde?



Antworten von 100 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

Sehr zufrieden⁷ sind 75% der Gemeinden mit den FA von HI Soft (Hürlimann Informatik), gefolgt von innosolv-Anwendern mit 52%, GeCoTi Web mit 35%, Dialog mit 25% und mit den Axians Produkten sind 10% der Gemeinden sehr zufrieden.

Welche Finanzverwaltungs-Software ist bei Ihrer Verwaltung im Einsatz?



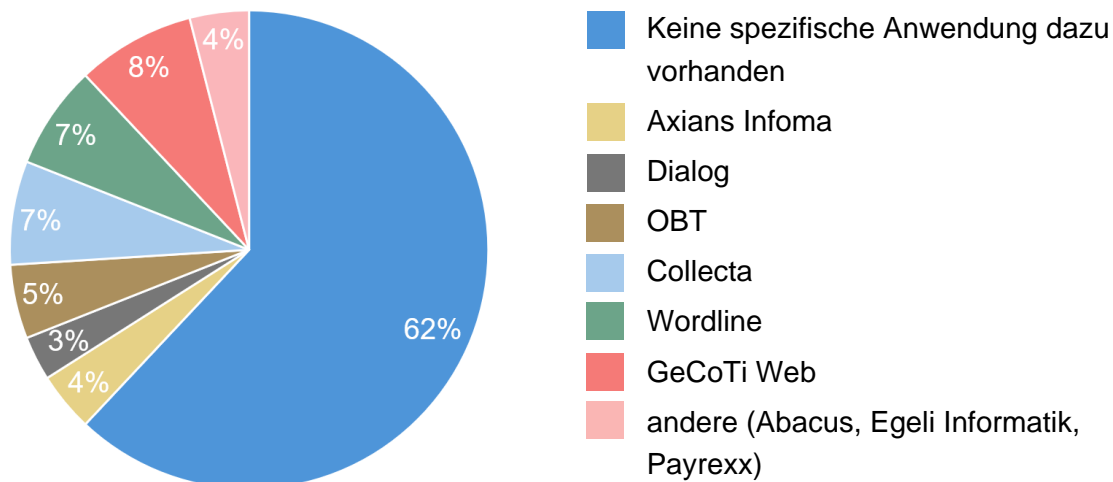
Antworten von 100 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

60% der Gemeinden mit HI Soft (Hürlimann Informatik) sind sehr zufrieden damit, gefolgt von GeCoTi Web mit 45%, Axians Infoma WWSOft mit 25% und Dialog mit 8%. Bei den anderen drei Anwendungen ist keine Gemeinde sehr zufrieden.

⁷ Im Fragebogen wurde immer auch die Zufriedenheit der verwendeten Lösungen ermittelt; es konnten jeweils ein bis vier Sterne vergeben werden, von 1 'unzufrieden' bis 4 'sehr zufrieden'.



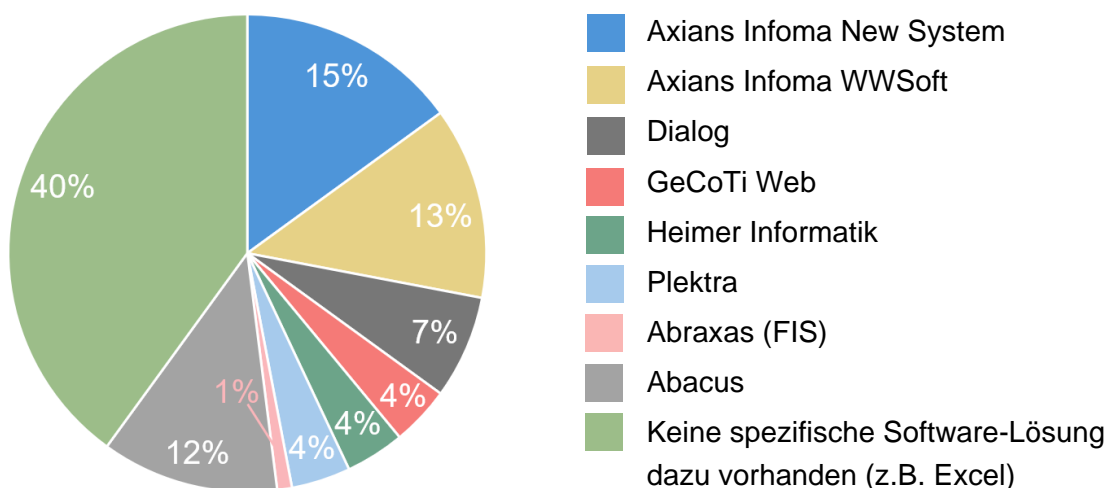
Welche Anwendung verwendet Ihre Verwaltung für das Forderungsmanagement (Inkasso-Lösung)?



Antworten von 100 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

Von den 38 Gemeinden, die für das Inkasso eine Lösung im Einsatz haben, verwenden 9 mehrere Fachapplikationen (etwa Abacus für Mahnungen, Collecta für Betreibungen). Die Angaben der Gemeinden bezüglich der Zufriedenheit mit den Systemen, wird hier nicht angegeben, denn bei kleineren Gesamtzahlen machen Prozentangaben aus zufälligen Ergebnissen statistisch erhärtete Befunde.

Welche Software-Lösung für die Finanzplanung verwenden Sie?

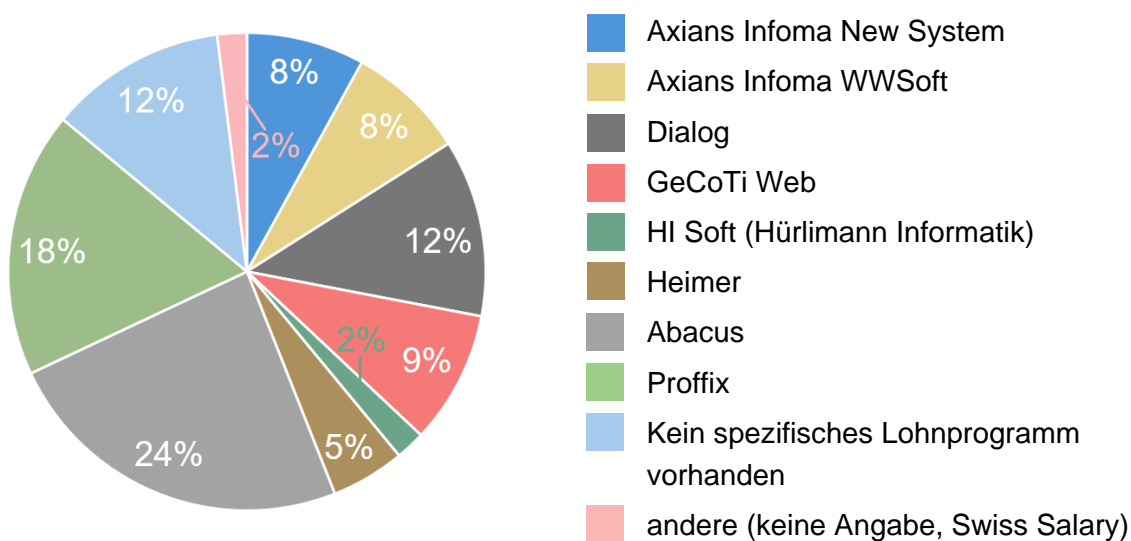


Antworten von 100 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

Von den 40% der Gemeinden ohne spezifische Finanzplanungs-Software kann davon ausgegangen werden, dass diese mit Excel arbeiten, denn unter Bemerkungen gab es keine weiteren Angaben.



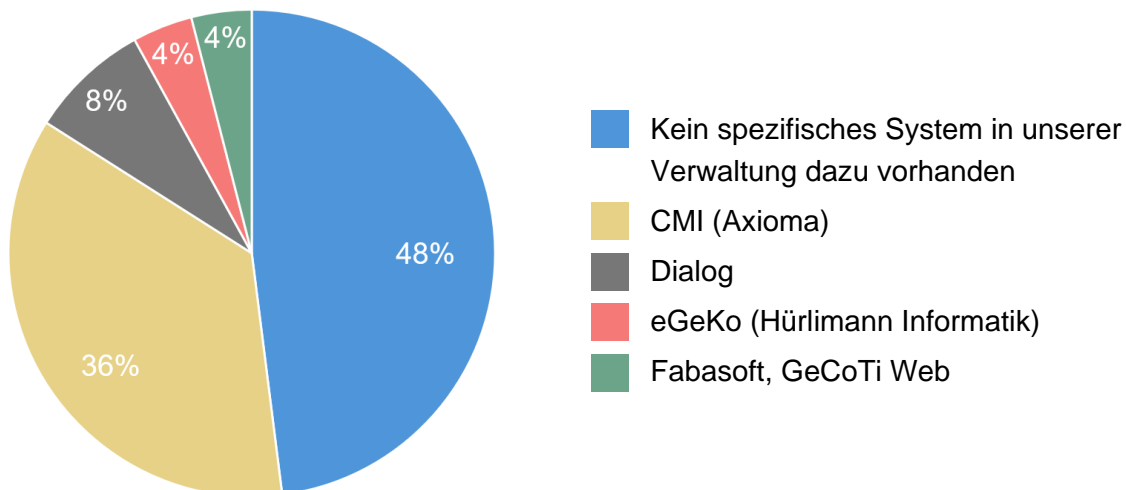
Mit welchem Lohnprogramm arbeiten Sie?



Antworten von 100 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

Fast ein Viertel der Gemeinverwaltungen wendet das Lohnprogramm Abacus an, 45% davon sind sehr zufrieden damit. 38% der Gemeinden, die Proffix verwenden, sind damit sehr zufrieden. Bei den Axians Infoma Produkten sind es jeweils 11%, bei den übrigen gibt es keine Gemeinde, die angibt, damit sehr zufrieden zu sein.

Welches Geschäftsverwaltungssystem (GEVER-System) verwenden Sie?



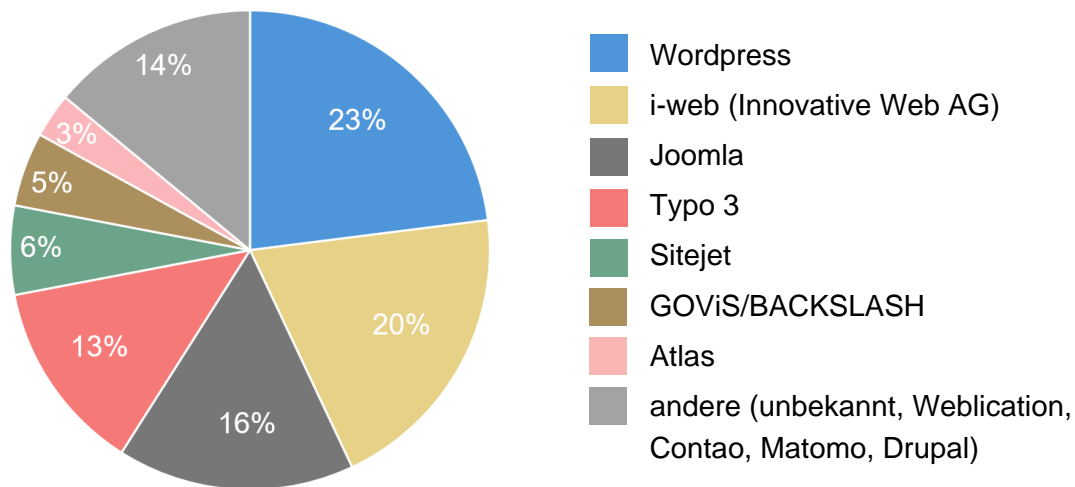
Antworten von 100 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

52 Gemeinden haben ein GEVER-System.

Die höchste Zufriedenheit findet sich mit 33% bei den Gemeinden, die entweder eGeKo oder CMI anwenden, gefolgt von Dialog mit 12%.



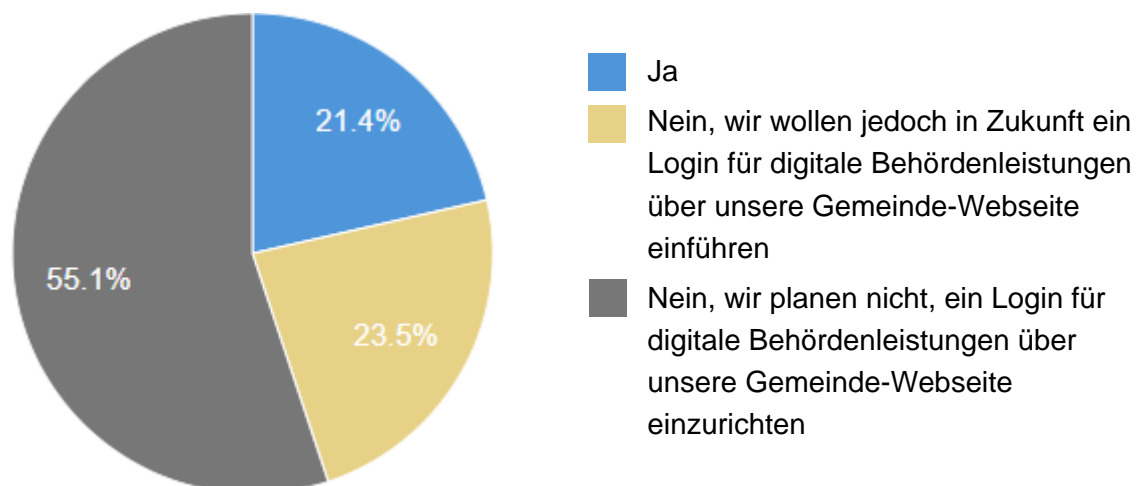
Auf welchem Content Management System (CMS) basiert Ihre Gemeinde-Webseite?



Antworten von 100 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

Der Hauptinformationskanal der Gemeindeverwaltungen ist nach wie vor die Webseite, und somit gleichzeitig auch ein ständiger Verantwortungsbereich.

Kann sich die Bevölkerung auf Ihrer Webseite einloggen, um kommunale Dienste zu beziehen?



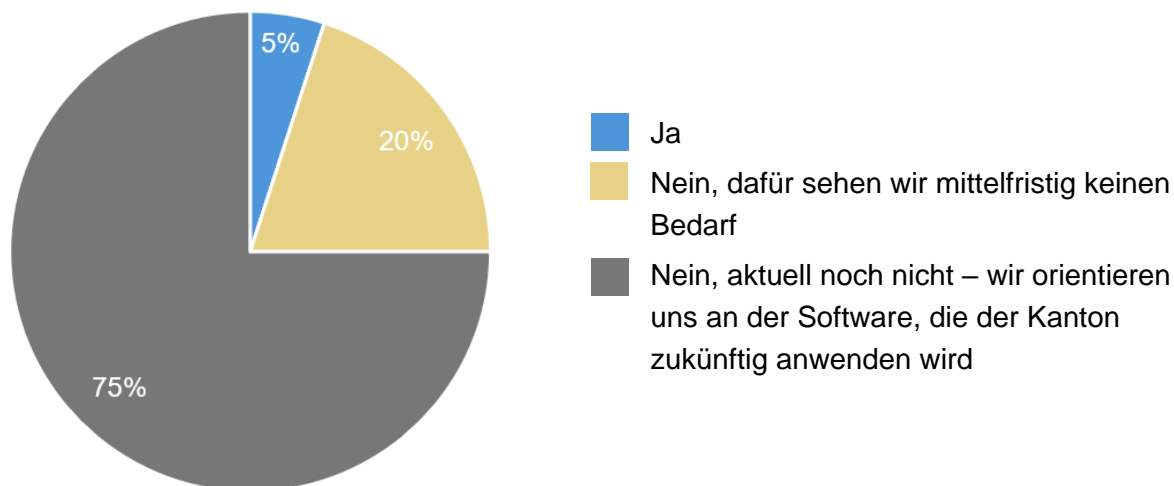
Antworten von 98 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

Die kantonale Verwaltung hat das ePortal als Zugang für Behördenleistungen für die Bevölkerung und Wirtschaft erstellt; darüber können zukünftig auch Gemeindeservices und Dienstleistungen der regionalen Behörden angebunden werden. Ob und wie viele Gemeinden bereits ein eigenes Login haben, ist insofern interessant, da es sinnvoll ist, Parallelstrukturen zu vermeiden.



Verwendet Ihre Verwaltung qualifizierte elektronische Signaturen?

Eine **elektronische Signatur** (auch: elektronische Unterschrift) ist eine effiziente, rechtlich bindende Methode, um digitale Dokumente schnell unterzeichnen zu können. Eine qualifizierte elektronische Signatur (QES) ist der eigenhändigen Unterschrift gleichgestellt.



Antworten von 100 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

Bisher arbeiten nur 5% der Gemeindeverwaltungen mit E-Signaturen. Die Verwendung von QES durch Gemeindeverwaltungen bietet zahlreiche Vorteile, bringt aber auch einige Herausforderungen mit sich. Die rechtliche Grundlage bildet das Bundesgesetz ZertES, das die Verwendung von QES regelt. Gemeinden müssen jedoch sicherstellen, dass ihre internen Reglemente und Geschäftsordnungen die digitale Signatur zulassen – insbesondere bei rechtsverbindlichen Beschlüssen.

Welches Produkt für elektronische Signaturen verwendet Ihre Verwaltung?

3 der 5 Gemeinden, die mit E-Signaturen arbeiten, verwenden deepsign. Eine Gemeinde arbeitet mit Skribble, eine Gemeinde wendet SwissID an.

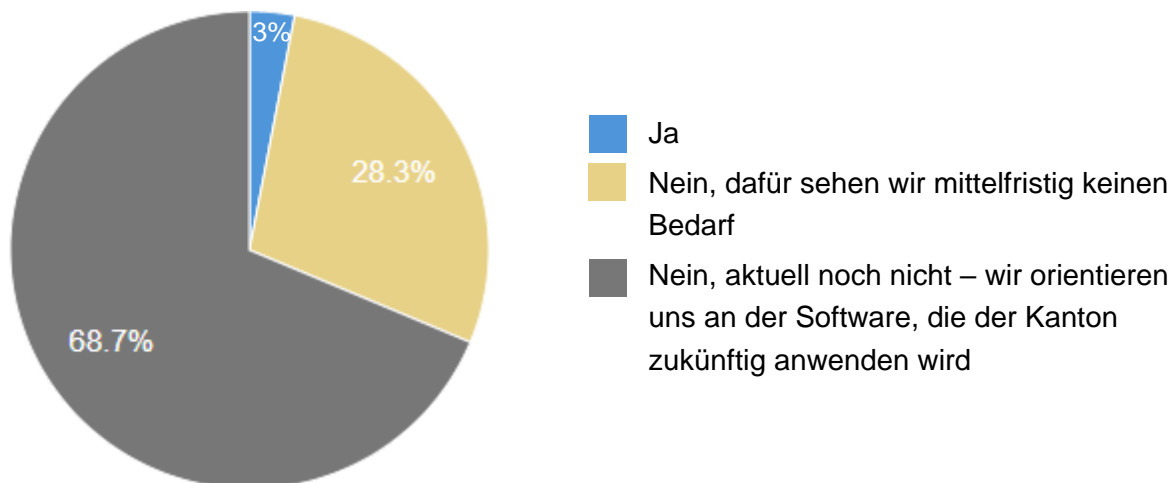
Welche Dokumente werden elektronisch signiert?

Die E-Signaturen werden gemäss Angaben der Gemeinden für Bescheinigungen der Einwohnerdienste und Verträge nach OR angewendet. Von den 5 Gemeinden, die mit E-Signaturen arbeiten, signiert noch keine Gemeinde Verfügungen und Entscheide.



Arbeiten Sie mit geregelten elektronischen Siegeln?

Das **elektronische Siegel** (auch E-Siegel) ist die elektronische Version eines Behörden- oder Firmenstempels. Ein geregeltes elektronisches Siegel basiert auf einem elektronischen Zertifikat und hat hohe Beweiskraft.



Antworten von 99 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

Für viele Verwaltungsprozesse reicht ein elektronisches Siegel aus, das keine persönliche Unterschrift erfordert – dies kann für kleinere Gemeinden mit begrenzten Ressourcen relevant sein.

Welches Produkt verwenden Sie für geregelte elektronische Siegel?

Die drei Gemeinden, die mit E-Siegeln arbeiten, verwenden alle die Lösung deepsign.

Welche Dokumente werden mit einem elektronischen Siegel versehen?

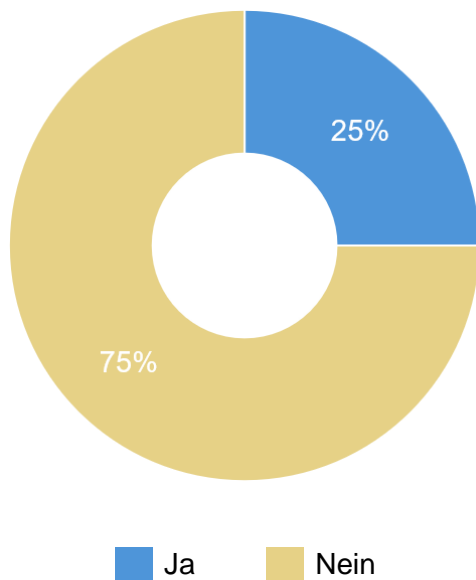
Hierzu gaben die drei Gemeinden folgende Bemerkungen als Antwort an:

- Wird aktuell im Rahmen von Projekten geklärt
- Einwohnerdienste
- Rechnungen



2.3 Digitale Langzeitarchivierung

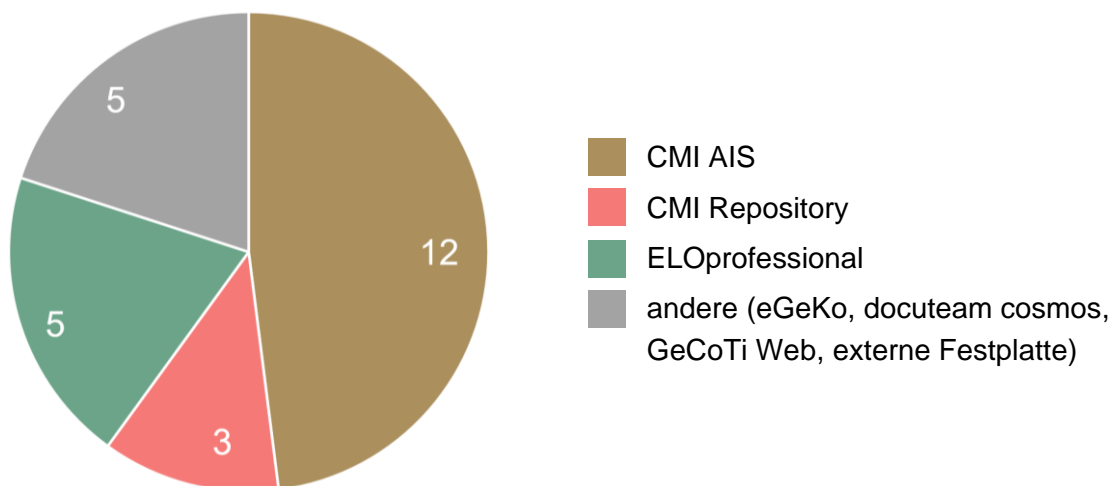
Hat Ihre Verwaltung eine Lösung für die digitale Langzeitarchivierung?



Die Gemeinden sind zur unbeschränkten Aufbewahrung ihrer archivwürdigen Unterlagen verpflichtet. Die digitale Archivierung bedeutet eine grosse Herausforderung, da digitale Formate und Speichermedien sich schnell verändern. Die Anschaffung eines digitalen Repositorys ist zwingend. Dieses fehlt noch in vielen Gemeinden. Zudem fehlen weitere Voraussetzungen: personelle Ressourcen, Know-How und ein GEVER-System mit Ordnungssystem.

Antworten von 100 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

Welche Lösung für die digitale Langzeitarchivierung hat Ihre Verwaltung?

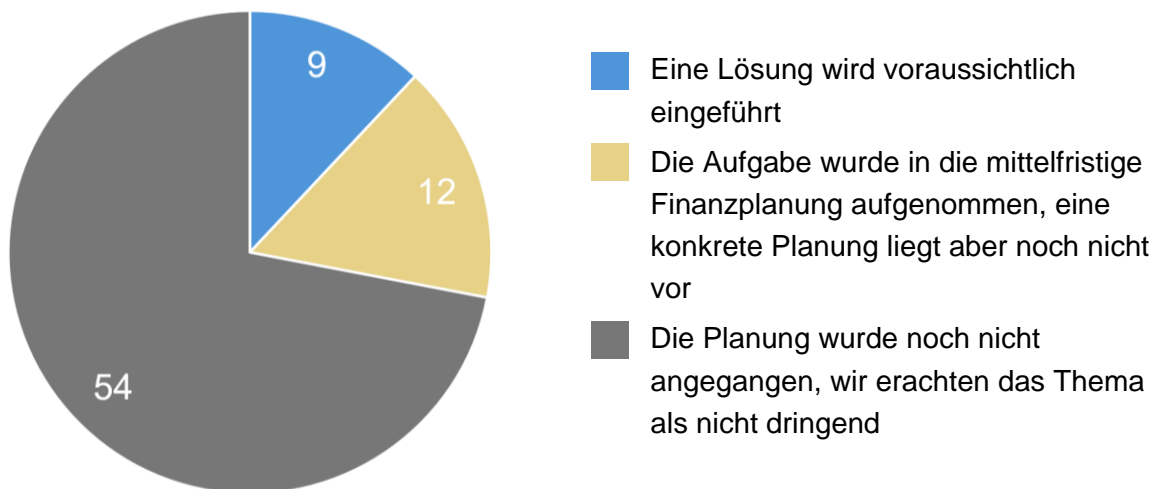


Antworten von 25 Gemeinden, basierend auf Ja-Antworten bei Frage «Hat Ihre Verwaltung eine Lösung für die digitale Langzeitarchivierung?» (Anzahl Nennungen)

Die Angaben der Gemeinden bezüglich der Zufriedenheit mit den Systemen sind eher ernüchternd: bei allen Systemen ist nur eine Minderheit mit ihnen sehr zufrieden.



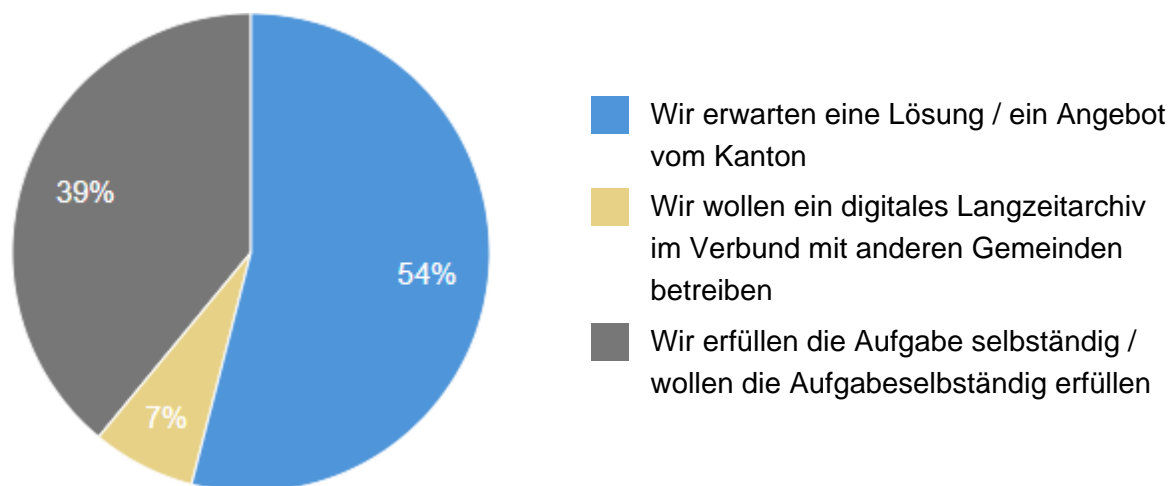
Ist eine Lösung für die digitale Langzeitarchivierung in Planung?



Antworten von 75 Gemeinden basierend auf Nein-Antworten bei Frage «Hat Ihre Verwaltung eine Lösung für die digitale Langzeitarchivierung?» (Anzahl Nennungen)

Bei den Angaben, dass eine Lösung voraussichtlich eingeführt werde, gab es eine Nachfrage im Fragebogen, mit der Bitte um die genaue Zeitangabe – diese Angaben der Einführungen divergieren zwischen den Jahren 2026 und 2030.

Wie soll die digitale Langzeitarchivierung organisiert werden?

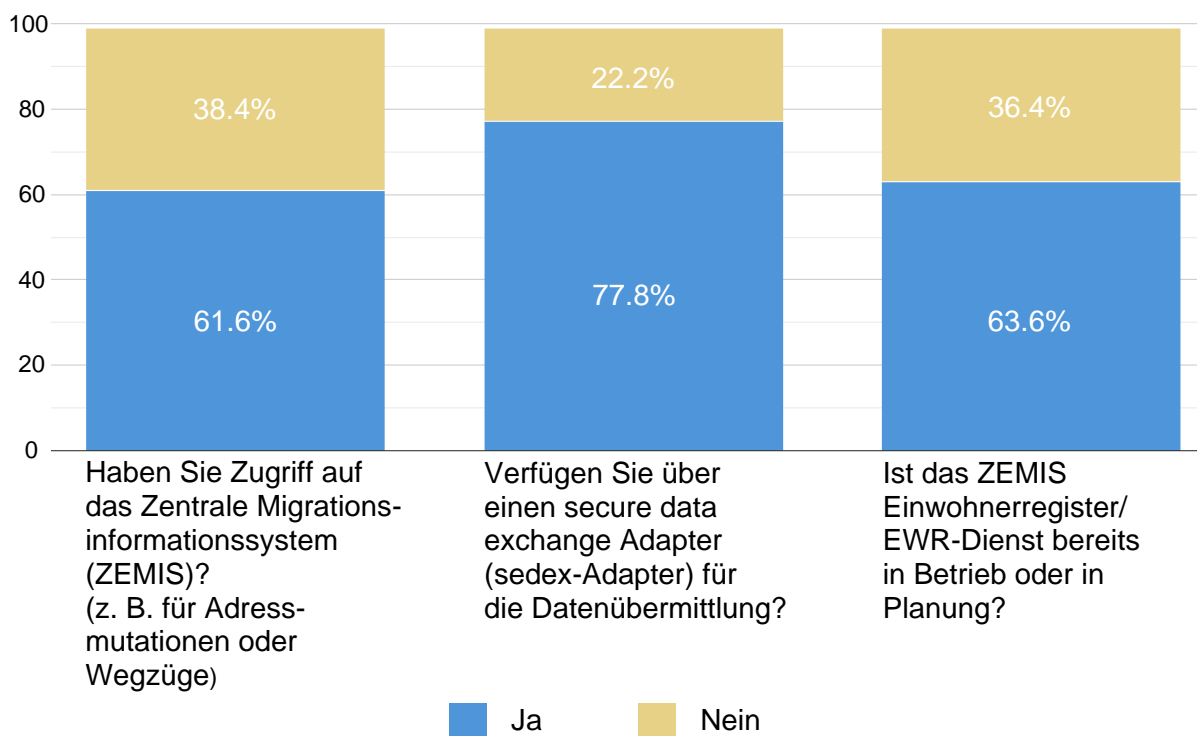


Antworten von 100 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

Diese Frage bewegt die Gemeinden, denn es gab dazu insgesamt 24 Bemerkungen: *Dass eine Aussage schwierig sei, dass man offen für Lösungen sei, dass diese auch regional sein könne, dass die Lösung mit dem GEVER-System CMI, resp. GeCoTi Web laufen solle.*



2.4 Datenaustausch mit dem Amt für Migration und Zivilrecht (AFM)



Antworten von 99 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

Die Gemeindeverwaltungen sind verpflichtet, Zu- und Wegzüge von Personen aus dem Ausland dem Amt für Migration und Zivilrecht (AFM) zu melden. Im Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS) können Adressmutationen oder Wegzüge erfasst werden. Die sichere Datenübermittlung läuft über ein secure data exchange Adapter (sedex-Adapter).

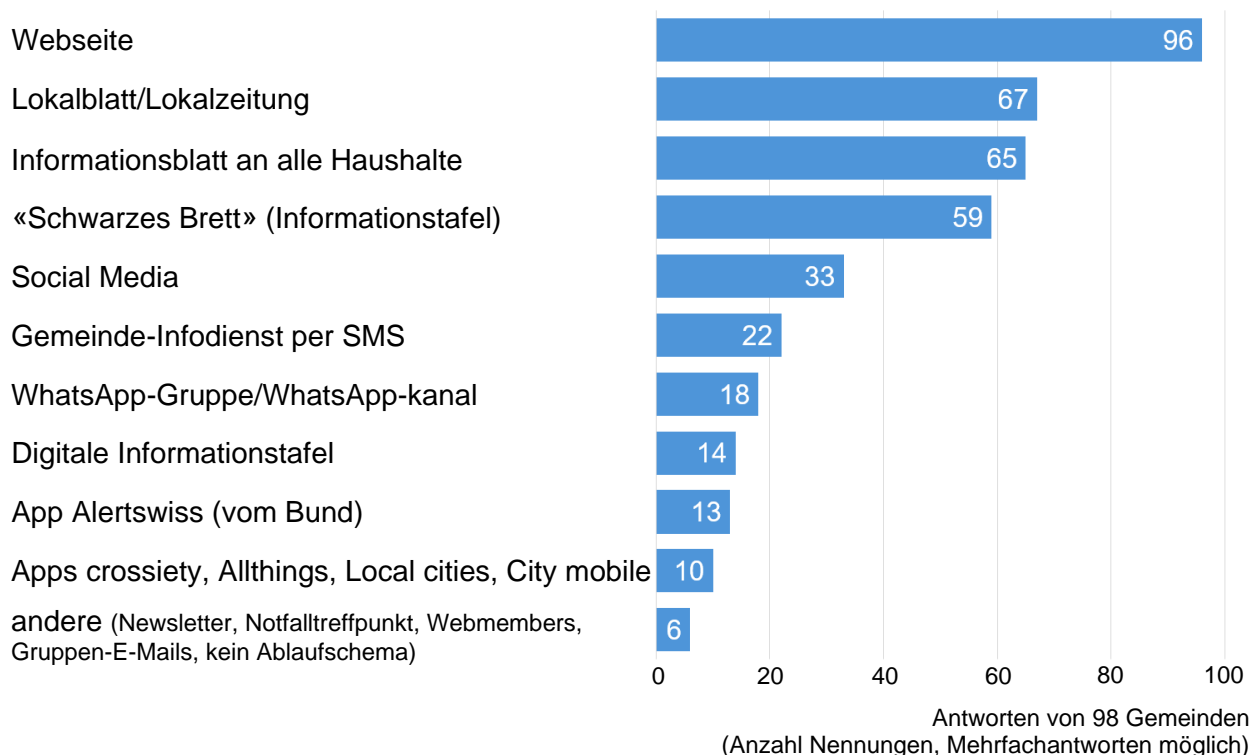
Das AFM wird ab Januar 2026 keine Datenübermittlung via PCloud für Bewilligungs- und Muationskopien inkl. Gebührendetails mehr anbieten. Deshalb ist entscheidend, dass die Gemeinden den EWR-Dienst des ZEMIS selbst in Anspruch nehmen. Erfreulicherweise haben über 60% der Gemeinden Zugriff auf das ZEMIS und über 3/4 verfügen über einen sedex-Adapter. Der EWR-Dienst des Zemis ist ebenfalls bei knapp 2/3 in Betrieb bzw. Planung. Hier ist gemäss dem AFM wünschenswert, dass die Gemeinden, welche noch keinen ERW-Dienst beanspruchen, in den kommenden Wochen mit dem zuständigen Staatssekretariat für Migration (support@sem.admin.ch) Kontakt aufnehmen.



2.5 Alarmierung in Ereignisfällen

Die Alarmierung der Bevölkerung ist ein wichtiger Bestandteil des Bevölkerungsschutzes und soll die Bevölkerung über drohende Gefahren informieren, warnen und zur Reaktion auffordern. Die Alarmierung wird von den zuständigen Behörden auf Bundes- oder Kantonsebene angeordnet, je nach Art der Gefahr und den betroffenen Gebieten.

Über welche Kanäle informiert/warnt Ihre Gemeinde die Bevölkerung in Ereignisfällen?



Das Amt für Militär und Zivilschutz (AMZ) muss in Ereignisfällen wie Naturkatastrophen, Stromausfällen oder anderen Krisensituationen sicherstellen, dass die Bevölkerung schnell, zuverlässig und flächendeckend informiert und gewarnt wird. Es ist daher essenziell, die genutzten Kanäle und deren Zusammenspiel zu kennen, um die Alarmierungsstrategie gezielt zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

Bei dieser Frage waren Mehrfachantworten möglich, was wichtig ist, denn keine Gemeinde informiert ausschliesslich über einen einzigen Kanal.



2.6 Herausforderungen für die digitale Transformation

Worin sehen Sie die Herausforderungen für die digitale Transformation Ihrer Verwaltung?

IT-Basisinfrastruktur, einheitliche Hardware für die Gemeindeverwaltung (digitaler Arbeitsplatz für sicheres und standortunabhängiges Arbeiten)

IT-Sicherheit
(Datenschutz, Daten- und Cybersicherheit)

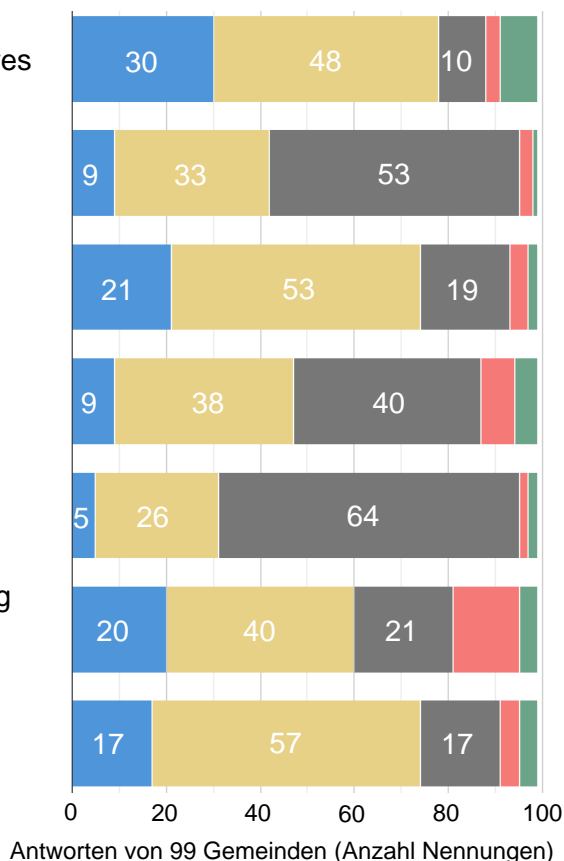
Weiterbildung in der Verwaltung
(z.B. Kurse für Mitarbeitende)

Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie

Personelle Ressourcen

Kommunikation mit und Partizipation der Bevölkerung
(digitaler Dorfplatz, Gemeinde-App, Social Media wie Facebook, Instagram etc.)

Digitalisierung externer Dokumente
(Kreditoren-Rechnungen, Gesuche)



Keine Herausforderung
Mittlere Herausforderung
Grosse Herausforderung

Keine Antwort möglich
Ich weiss es nicht

Die grössten Herausforderungen sind: **Personelle Ressourcen, IT-Sicherheit, Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie.**

Total der grossen + mittleren Herausforderungen:

- Personelle Ressourcen (90,9%)⁸
- IT-Sicherheit (86,9%)
- Erarbeitung Digitalisierungsstrategie (78,8%)
- Digitalisierung externer Dokumente (74,7%)
- Weiterbildung in der Verwaltung (72,7%)
- Kommunikation mit und Partizipation .. (61,6%)
- IT-Basisinfrastruktur (58,6%)

Das Ranking der grossen Herausforderungen:

- Personelle Ressourcen (64,6%)
- IT-Sicherheit (53,5%)
- Erarbeitung Digitalisierungsstrategie (40,4%)
- Kommunikation mit und Partizipation .. (21,2%)
- Weiterbildung in der Verwaltung (19,2%)
- Digitalisierung externer Dokumente (17,2%)
- IT-Basisinfrastruktur (10,1%)

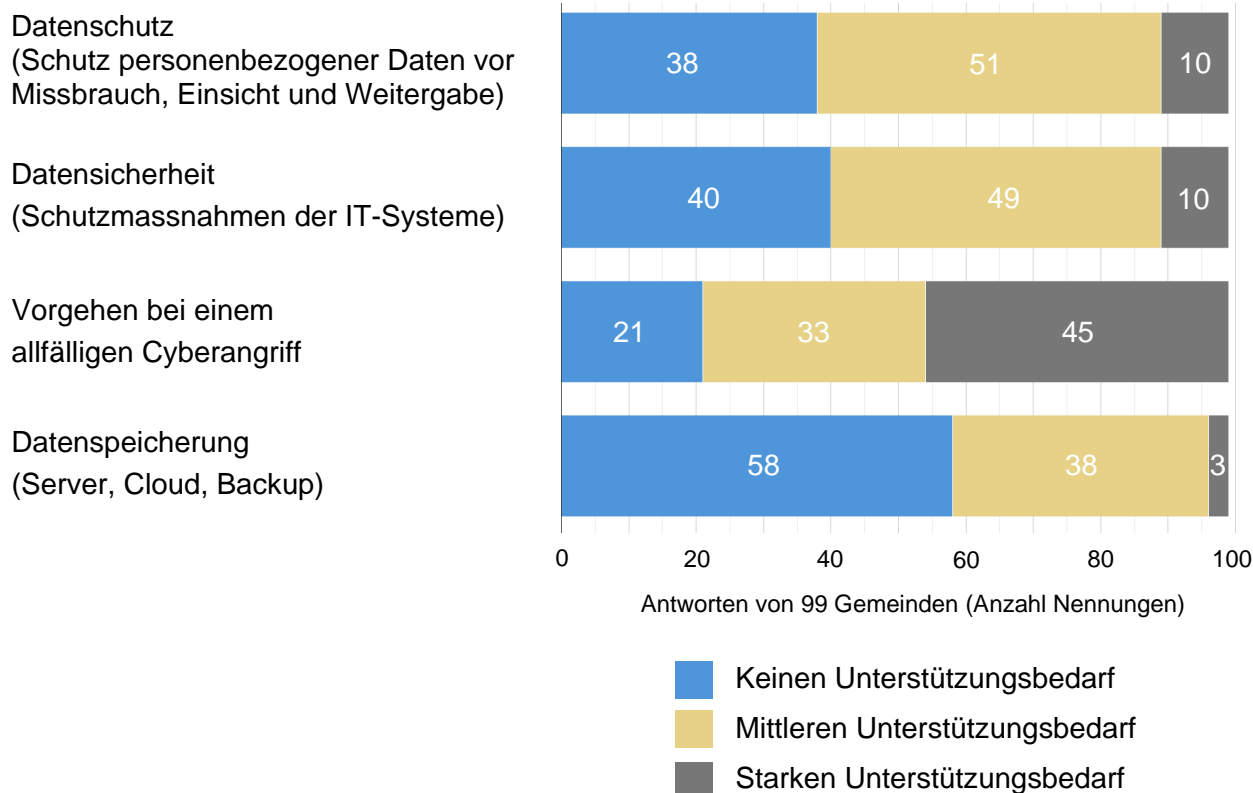
⁸ Bei dieser Frage haben 99 und nicht 100 Gemeinden geantwortet, was eine Prozentangabe mit Kommastelle ergibt.



2.7 Datenschutz und Sicherheit

Zur IT-Sicherheit wurden verschiedene Aspekte spezifisch nachgefragt, um den Unterstützungsbedarf konkreter zu ermitteln.

Bei welchen der folgenden Themen haben Sie in Ihrer Verwaltung Unterstützungsbedarf?



Klarer virulenter Punkt für die Gemeinden ist das Vorgehen bei einem allfälligen Cyberangriff, gefolgt von Datenschutz und Datensicherheit.

Total der grossen + mittleren Herausforderungen:

- **Vorgehen bei einem Cyberangriff (88,9%)⁹**
- **Datenschutz (61,6%)**
- **Datensicherheit (59,6%)**
- Datenspeicherung (41,4%)

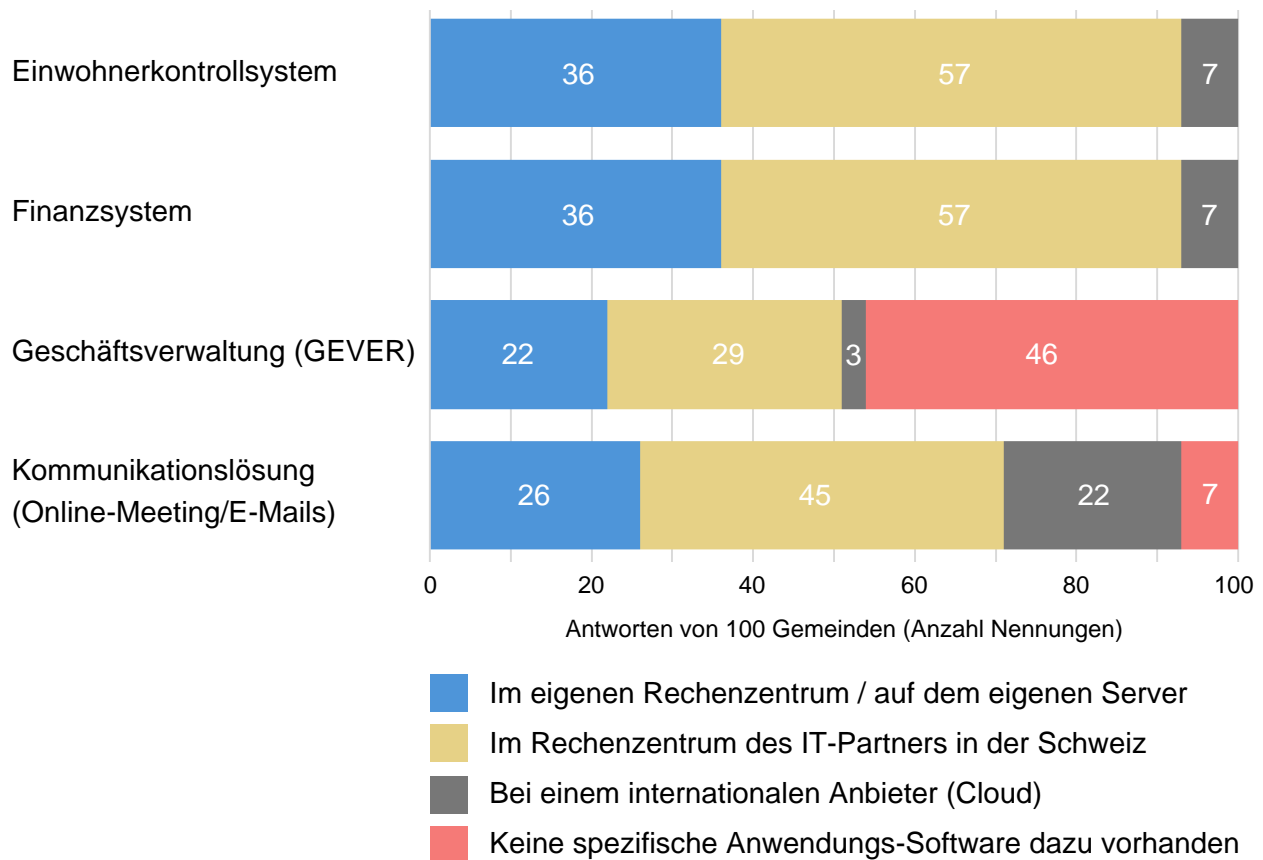
Das Ranking der grossen Herausforderungen:

- **Vorgehen bei einem Cyberangriff (45,5%)**
- **Datenschutz (10,1%), Datensicherheit (10,1%)**
- Datenspeicherung (3%)

⁹ Bei dieser Frage haben 99 und nicht 100 Gemeinden geantwortet, was eine Prozentangabe mit Kommastelle ergibt.



Wo betreiben Sie die Anwendungs-Software Ihrer IT-Landschaft (Wo sind die Daten gespeichert)?



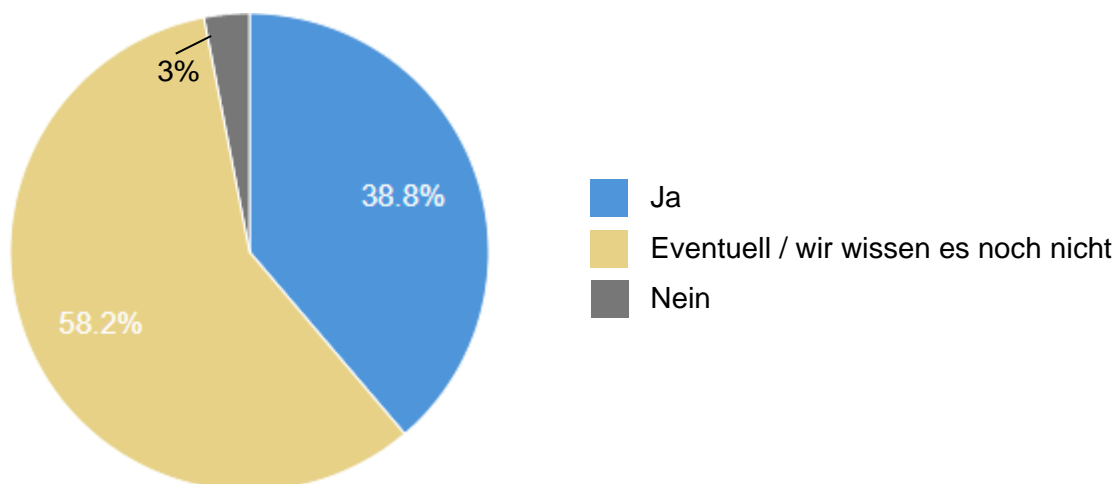
Jede Datenspeicherung ist mit Kosten verbunden und jede Form hat Vor- und Nachteile. Lokale Speicherung bietet Kontrolle und Geschwindigkeit, während Cloud-Speicher Skalierbarkeit und Zugänglichkeit von überall ermöglicht. Auf einem lokalen Server hat man die volle Kontrolle, benötigt jedoch Fachwissen und hat hohe Anschaffungs- und Wartungskosten. Bei einem IT-Partner ist die professionelle Betreuung gegeben, inkl. Sicherheit und Backups; damit verbunden eine gewisse Abhängigkeit, auch betreffend Datenschutz (wo und wie werden die Daten gespeichert). Cloud-Speicherung ist mit geringeren Einstiegskosten verbunden, hat eine hohe Skalierbarkeit und automatische Updates und Backups. Die Unsicherheiten bei Anbieterwechseln oder Ausfällen sind hier höher, auch der Datenschutz muss gut geklärt werden.

Insbesondere für sensible Daten wie beim Einwohnerregister ist es für die Gemeindeverwaltungen wichtig, eine sichere Datenspeicherung zu verwenden.



2.8 Zusammenarbeit und Austausch

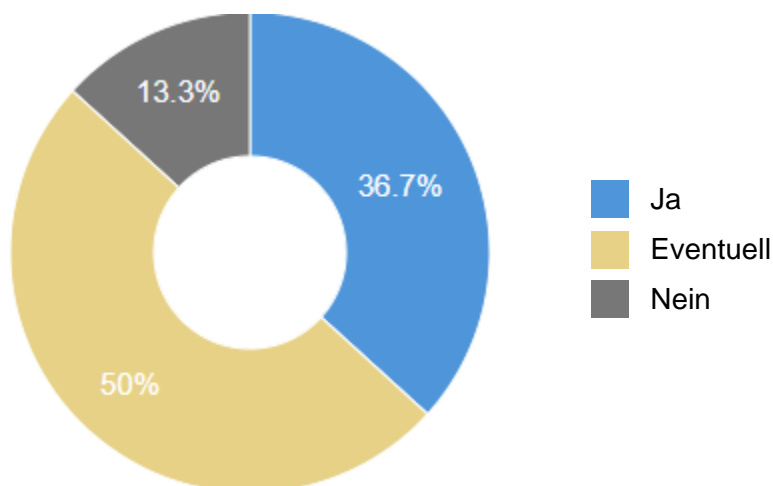
Sind Sie im Bereich Login für digitale Behördenleistungen an einer Zusammenarbeit mit dem Kanton interessiert?



Antworten von 98 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

Die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden ist für die digitale Transformation in der öffentlichen Verwaltung von entscheidender Bedeutung, da sie die Grundlage für eine effiziente, bevölkerungsnah und zukunftsfähige Verwaltung schafft.

Sind Sie an einer Online-Austauschmöglichkeit zu Digitalisierungsthemen und Best-Practices interessiert (unverbindlich, ca. 1 Stunde/Monat)?



Antworten von 98 Gemeinden (prozentuale Darstellung)

Der Austausch zwischen Gemeinden ist für die digitale Transformation wichtig, da er Best-Practices offenlegt und gemeinsame Lösungen ermöglicht.



3 Kontakt und weiterführende Informationen

Mit der [Strategie digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024–2028](#) will die Bündner Regierung das Tempo erhöhen, um die digitale Transformation der kantonalen Verwaltung einen grossen Schritt voranzubringen. Diese Strategie enthält 13 Ziele und 31 davon abgeleitete Massnahmen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Denn dies ist ein zentraler Erfolgsfaktor für eine durchgängige und vernetzte digitale Verwaltung auf der kommunalen und kantonalen Ebene – und somit ganz im Sinne von Bevölkerung und Wirtschaft.

Die kantonale Verwaltung baut derzeit eine sichere E-Government Basisinfrastruktur auf, dazu gehören zum Beispiel das ePortal (eportal.gr.ch), ein einheitliches Login, die elektronische Identität oder die Zustellplattform (digitaler Briefkasten). Diese Basisinfrastruktur ist erweiterbar, sodass sie in Zukunft auch von den Gemeinden genutzt werden kann.

Um die Zusammenarbeit zwischen der kantonalen Verwaltung und den Gemeinden zu intensivieren, wird eine Koordinationsstelle für Gemeinden aufgebaut. In einem ersten Schritt wurden die gemeinsamen Bedürfnisse und Anforderungen erhoben.

Die Koordinationsstelle für Gemeinden ist in der Stabsstelle Digitale Verwaltung des Departments für Finanzen und Gemeinden angesiedelt:

Stabsstelle Digitale Verwaltung
Post da stab Administraziun digitala
Unità di gestione Amministrazione digitale

Anita Capaul, Verantwortliche der Koordinationsstelle für Gemeinden

Tel. +41 81 257 35 61

anita.capaul@dfg.gr.ch

www.digitaleverwaltung.gr.ch